

werden. Selbst wenn die Gesellschaft aufgelöst wird, ist damit noch nicht die Frage des Eigentums an der Firma entschieden, die zur Zeit von der von „Znak“ abgespaltenen, größere Gunst der politischen Führung genießenden „Odiss“-Gruppe verwaltet wird.

Führende Vertreter der ursprünglichen und authentischen „Znak“-Gruppe betonen, daß es ihnen um die Wahrung ihrer Identität und nicht um persönliche Streitigkeiten geht. Sie wollen auf keinen Fall in irgendeine ideelle oder politische Abhängigkeit zur Odiss-Gruppe geraten und daher von dieser kein Geld annehmen, falls das Eigentum an den Einrichtungen von „Libella“ der „Odiss“-Gruppe zugesprochen werden sollte.

Trotz des Protestes des ursprünglichen „Znak“ treten die Vertreter der „Odiss“-Gruppe weiter im Parlament als „Znak-Abgeordneten-Zirkel“ auf. Ein tiefer Unterschied im Verhältnis zu gesellschaftlichen Fragen wurde in der ansonsten der Regierung gegenüber sehr kritischen Parlamentsrede von *Janusz Zablocki* am 30. Juni deutlich, in der dieser dem „liberalen Individualismus“ den Menschenrechtsbegriff der kirchlichen Soziallehre entgegensetzte. Danach seien die Rechte des Menschen mit seinen Pflichten verbunden und würden nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich und gesellschaftlich gesehen. Damit kommt Zablocki dem von der staatlichen Führung propagierten sozialistischen Begriff von den Menschenrechten sehr nahe. Er kritisierte außerdem „verschiedene spektakuläre Demonstrationen, die Beifall im Ausland

finden“. Die Menschenrechtsprobleme sollten „schrittweise, auf dem Weg des Dialogs unter den Polen selbst, ohne Beteiligung äußerer, von eigenen Interessen geleiteter Faktoren gelöst werden“.

Keine Probleme zwischen Episkopat und Rom

Bei den Kontakten zwischen Kirche und Staat im Zusammenhang mit den jüngsten inneren Auseinandersetzungen in Polen scheint der Leiter der vatikanischen Delegation in der ständigen Arbeitsgruppe für die Kontakte zwischen dem Vatikan und der Volksrepublik Polen keine Rolle gespielt zu haben, obwohl er sich gerade zu dieser Zeit in Polen aufhielt und Gespräche mit der Regierung führte. In dem Kommuniqué nach der 159. Bischofskonferenz wurde wieder unterstrichen, daß Poggi bei seinen Verhandlungen mit Vertretern der Regierung eng mit dem polnischen Episkopat zusammenarbeite. Wie in Warschau zu hören ist, bestehen Pläne, daß Parteichef Edward Gierek Ende des Jahres nach Rom reist. Bei dieser Gelegenheit wolle er auch mit dem Papst zusammenkommen. In den Beziehungen zwischen Staat und Kirche in Polen geht es seit Giereks Übernahme der Parteiführung im Dezember 1970 auf höherer Ebene ganz gut. Problematisch ist dagegen die Praxis der lokalen Verwaltungsbehörden.

Renate Marsch

Forum

Die italienischen Kommunisten und die osteuropäischen Bürgerrechtler

Der folgende Beitrag wurde uns von Prof. Adolf Hampel (Hungen) zur Verfügung gestellt als Antwort und Ergänzung zu unserer Dokumentation über Menschenrechte und Menschenrechtsverletzungen im Mai-Heft der HK (vgl. dort besonders: Helsinki und die Folgen, S. 231–235). Hampels Beitrag dokumentiert nicht nur in außerordentlich klarer Weise das Dilemma der italienischen kommunistischen Partei angesichts der Bürgerrechtsbewegungen in den osteuropäischen kommunistischen Staaten, sondern auch die fortbestehende Bindung der KPI an das Sowjetsystem und mehr als ambivalente Demokratieverständnis.

Die Schwierigkeit, den politischen Standort der KPI zu lokalisieren, führt auf seiten ihrer Gegner und potentiellen Partner zu immer neuen Klärungsversuchen. Das Verhal-

ten der Partei gegenüber dem sowjetischen Umgang mit den Menschenrechten dient dabei zu Recht als ein Kriterium. Die Publizität ihrer Meinungsverschiedenheiten mit der sowjetischen Partei veranlaßt manche Beobachter zur Frage: Warum löst sich die KPI angesichts der eklatanten Menschenrechtsverletzungen in den sozialistischen Ländern und angesichts des eigenen Bekenntnisses zur parlamentarischen Demokratie nicht von der Gemeinschaft der Bruderparteien des Sowjetblocks?

Die Frage nach den Menschenrechten als Zumutung

Die KPI empfindet diese Frage als Zumutung. Ihre Antwort gibt Aufschluß über die innerparteiliche Gravitation.

Carlo Pajetta, Mitglied der höchsten Parteigremien, brachte die Einstellung der Partei in einem Podiumsgespräch mit Vertretern der italienischen Linksparteien über die Dissidenten zum Ausdruck: „... ich möchte die Genossen Sozialisten daran erinnern, daß wir von ihnen nicht verlangt haben, die (sozialistische) Internationale wegen Brandt und Schmidt zu verlassen, als in Deutschland mit sozialdemokratischer Mehrheit das Berufsverbot gesetzlich eingeführt wurde. Vielmehr haben wir stets gesagt: diese Brandt und Schmidt gefallen uns nicht besonders, sie machen sogar das Berufsverbot, aber auch wir möchten sie näher kennenlernen, da sie einen wichtigen Teil der europäischen sozialistischen Bewegung, vor allem der deutschen Arbeiterbewegung, darstellen“ (Zit. nach „Mondo operaio“, Februar 1977).

Das „Berufsverbot“ in der BRD und die Repressionen im Sowjetblock, einschließlich der sowjetischen Praktiken in der ČSSR, haben also in der Sicht der KPI ungefähr das gleiche Gewicht. Der Unterschied zwischen Berlinguer und Breschnew wird demnach als nicht wesentlich größer empfunden als der zwischen Mitterrand und Brandt. Mitterrand hat immerhin wegen des Berufsverbots schon ein Komitee zur Verteidigung der demokratischen Rechte in der Bundesrepublik gegründet. Das Gleiche ist von Berlinguer oder Marchais im Hinblick auf die Sowjetunion nicht bekannt.

Ein weiteres Indiz für das Demokratieverständnis innerhalb der KPI kann darin gesehen werden, welche Mittel der Machterhaltung und welchen Zustand der Pazifizierung sie für akzeptabel erachtet. Ungarn scheint für sie ein geglücktes Modell darzustellen. Pajetta: „Wir sind für die Rechte, die die Dissidenten fordern, wir sind es um so mehr, als diese Dissidenten Rechte geltend machen, die in Verfassungen ihrer Länder enthalten sind. Wir wollen hoffen, daß man zu einer Aussöhnung kommt, wie es in Ungarn geschehen ist, wie es dagegen nicht in der Tschechoslowakei geschehen ist“ (ebd.).

Für den Bezugspunkt Ungarn läßt sich immerhin anführen, daß es den von den Sowjets konzidierten Spielraum optimal genutzt hat und die „Kadarisierung“ den Bürgern das Leben nach der blutigen Niederschlagung des Volksaufstandes in kleinen Schritten wieder erträglich gemacht hat.

Die Präferenz der KPI beschränkt sich jedoch nicht auf einen sowjetischen Satellitenstaat, der aus seiner mißlichen Situation das Beste macht, sondern bezieht sich auf die Sowjetunion selbst. In ihrer Sicht hat die Oktoberrevolution der übrigen Menschheit den Wegweiser gesetzt, dem sie zu folgen hat, wenn sie einen Ausweg aus den tödlichen Widersprüchen des Kapitalismus finden will.

„Der neue Faktor des 20. Jahrhunderts ist die Oktoberrevolution, die dem Teil der Menschheit, den der Imperialismus in den schmerzlichen Bedingungen der Rückständigkeit festhielt, die Wege zum Eintritt in die Geschichte geöffnet hat“ (Giorgio Amendola, in: *Rinascita*, 18. 3. 77, S. 9). Die Verbrechen des Stalinismus werden verharmlosend als „Fehler“ auf dem grundsätzlich richtigen Weg be-

zeichnet. „Aber alle Diskussionen ... über die Fehler, die möglicherweise in den ersten Jahren des Sowjetstaates begangen wurden, können die – wegen des Ausbleibens der Revolution im übrigen Europa – für den Sowjetstaat entstandene geschichtliche Notwendigkeit nicht negieren, den Bürgerkrieg zu gewinnen, die Rückkehr der alten Herrschaftsklassen und das damit verbundene unvermeidliche Massaker zu verhindern, die Einkreisung zu brechen und die Industrialisierung und Kollektivierung in forcierten Etappen voranzutreiben ... Stalin hat sich zum Interpret der historischen Notwendigkeit, an den Aufbau des Sozialismus in einem einzigen Land zu gehen, gemacht“ (ebd.).

Rechtfertigungen Stalins und des Sowjetsystems

Die Schuld für die „möglicherweise begangenen Fehler“ ist weniger in der Sowjetunion als bei den westeuropäischen Sozialdemokraten zu suchen, die sich der Weltrevolution versagt haben. „Die Revolution, die in Europa – auch durch das Verhalten der europäischen Sozialdemokratien – blockiert wurde, nahm in immer schnelleren Rhythmen außerhalb Europas ihren Verlauf. Eine eurozentrisch fixierte Mentalität, wie sie den europäischen Sozialdemokratien eigen ist, hat eine volle Wertung der in Gang befindlichen Weltrevolution verhindert, die dazu bestimmt war, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Völker des kapitalistischen Europas entscheidend zu gestalten“ (ebd.).

Amendola empfiehlt den osteuropäischen Dissidenten, sich damit zu trösten, daß auch in den Entwicklungsländern die parlamentarische Demokratie nicht funktioniert. „Die Reflexionen über die Verzögerungen und die Entwicklungsschwierigkeiten der Demokratie in den sozialistischen Ländern dürfen nicht von der Beobachtung des Umstands getrennt werden, daß es in keinem Teil der Welt, auch dort, wo die Kommunisten nicht an der Regierung sind, auch dort, wo die Kommunisten nicht als organisierte Partei existieren, auch dort, wo sie verfolgt werden, daß es in keinem Entwicklungsland Regime von parlamentarisch demokratischer Art gibt“ (a. a. O., S. 10). Diese Überlegung läßt ganz außer acht, daß Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn keine Entwicklungsländer sind. Diese Völker haben ein demokratisches Bewußtsein und demokratische Traditionen, die sich mit denen ihrer westlichen Nachbarländer – auch Italiens – durchaus messen können. Wenn es heute in diesen Ländern weniger Demokratie gibt als in ihren westlichen Nachbarländern – was wohl auch die KPI nicht bestreiten wird –, dann ist das allein dem Umstand zuzuschreiben, daß ihnen von Moskau ein kommunistisches Regime aufgezwungen wurde.

Die demokratischen Kräfte Italiens und der übrigen europäischen Länder haben mit Erleichterung die wiederholten Erklärungen Berlinguers vernommen, in denen er Demokratie und Sozialismus als zwei untrennbare Faktoren, als

zwei Seiten der gleichen Wirklichkeit bezeichnet. Jedoch weicht diese Erleichterung jedesmal einem Alptraum, wenn Berlinguer den sozialistischen Charakter der Sowjetunion ausdrücklich bestätigt. Welche Art von Demokratie liegt dann diesen Vorstellungen zugrunde?

Für die KPI bleibt die Sowjetunion trotz aller Vorbehalte der Hoffnungsanker der Menschheit. Amendola erklärt: „Die Stabilität und die Solidität der Sowjetunion ist tatsächlich auf Weltebene eine große ausgleichende und stabilisierende Kraft. Letztlich ist es wieder einmal Iwan, der russische Arbeiter, der für alle bezahlt“ (ebd.).

Halbherzige Proteste

Hilfreich für die Einschätzung der „demokratischen Substanz“ der KPI ist auch ihr Verhältnis zu den kommunistischen Bürgerrechtlern, die, aus dem Sowjetblock kommend, an die Türen der westeuropäischen kommunistischen Parteibüros klopfen. Das Urteil des italienischen Sozialisten *Lombardi* ist in diesem Punkt wenig beruhigend: „Woran es jedoch seit 1968 gefehlt hat, ... ist der Wille, die Dissidenten – die nach der Revolte und nach der Unterdrückung vertriebenen oder verfolgten Kommunisten – als exilierte Genossen, als emigrierte Genossen, also als Genossen zu betrachten. Vielmehr hat sich in der Tat die Theorie durchgesetzt: ‚Ihr gehört zu jener Welt, und deshalb könnt ihr nur von eurer Partei beurteilt werden.‘ Es ist die alte Norm der Religionskriege: ‚Cuius regio eius religio‘“ (Mondo operaio, Februar 1977, S. 79).

Die halbherzigen Proteste gegen die Repressionen im Sowjetblock werden häufig mit Warnungen vor den Bürgerrechtlern begleitet. Vor allem müsse sich der Westen hüten, auf die Sowjetunion Druck auszuüben. Amendola: „... die Tätigkeit gewisser Dissidenten beinhaltet eine doppelte Gefahr: Indem sie sich auf eine Einwirkung von außen berufen, ja sogar – wie im Falle fehlender Ausreisereicherungen für die jüdische Emigration – einschränkende Bedingungen für den Sowjethandel anregen, diskreditieren sie die Sache der Freiheit selbst gegenüber einem äußerst patriotischen Volk, das voller Nationalstolz eifersüchtig auf seine Unabhängigkeit bedacht ist – wie das sowjetische Volk“ (a. a. O., S. 10). Die zweite Gefahr besteht nach Amendola in der Beeinträchtigung der Ent-

spannungspolitik durch die Bürgerrechtler. Wegen der Gefahr eines kalten Krieges müsse die Kritik an der Sowjetunion äußerst behutsam vorgetragen werden. Sonst könnte sie sich zu so „tragischen Schritten“ wie der Intervention in der ČSSR gezwungen sehen. Denn „... Einwirkungen von außen könnten gefährliche Reaktionen ... bei Völkern auslösen, deren Bewußtsein und Nationalstolz äußerst stark ausgebildet sind“ (ebd.). Deshalb antwortet auch Pajetta auf die Frage: Was kann die italienische Linke für die Dissidenten tun? mit einer Aufforderung zum Studium: „... ich bin überzeugt, daß diese (sozialistischen) Gesellschaften besser bekannt werden müssen, daß ihre Geschichte studiert werden muß“ (a. a. O., S. 88).

Dagegen begegnet die KPI dem Vorschlag der anderen Linksparteien, eine gemischte Kommission zum Studium der Lage der Dissidenten in sozialistische Länder zu entsenden, mit der gleichen hinhaltenden Unlust, mit der sie den Plan, den Dissens im Sowjetblock zum Thema der nächsten Biennale von Venedig zu machen, vereitelt.

Zielmodell Hegemonie des Proletariats

Die Kritik am Einparteiensystem sozialistischer Länder wird von der KPI häufig durch die Erklärung relativiert, daß man auch das Mehrparteiensystem nicht für alle Länder zum Dogma machen dürfe. Solche Äußerungen – gesehen auf dem Hintergrund des von der KPI verteidigten Hegemoniebegriffs Gramscis – machen deutlich, daß das Zielmodell im Demokratieverständnis der KPI nicht vom Mehrparteiensystem einer parlamentarischen Demokratie geprägt ist, sondern von deren „Weiterentwicklung“ auf eine Hegemonie des Proletariats hin, innerhalb der man auf Zwang und Terror verzichten können, weil eine pädagogische Diktatur in der Lage sein wird, die Menschen nach dem Willen der Arbeiterklasse zu leiten.

Bürgerrechtler in Osteuropa knüpfen Hoffnungen an den demokratischen Willen der KPI. Westeuropäische demokratische Parteien sind bereit, mit eurokommunistischen Parteien als Koalitionspartnern Regierungen zu bilden. Zur Einschätzung ihres demokratischen Potentials werden nicht nur feierliche Erklärungen dienen dürfen, sondern müssen auch die hier dargestellten Positionen herangezogen werden.

Kurzinformationen

Kritik an den Entwicklungen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten übt eine Erklärung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, die vom stellvertretenden Vorsitzenden des ZdK und Oppositionsführer im Düsseldorfer Landtag, *Heinrich Köppler*, am 11. Juli in Bonn vorgestellt wurde. Zentraler Punkt der Kritik ist der Vorwurf, *Objektivität und In-*

formationsfreiheit würden nur unzulänglich gewahrt. Das Recht des Bürgers, sich ungehindert zu unterrichten und die Pflicht des Rundfunks, die Freiheit der Berichterstattung zu praktizieren und sicherzustellen, wie es dem Auftrag des Grundgesetzes (Art. 5, Abs. 2) entspreche, würden in verstärktem Maße unterlaufen und mißachtet. Beklagt werden Einseitigkeit der Berichterstat-